



Durchwachsene Bilanz und offene Fragen

Von Ernst Scharbach, Landesvorsitzender der GdP

Vor genau einem Jahr unterzeichneten Hendrik Hering (SPD), Daniel Köbler (Grüne), Roger Lewentz (Innenminister), Dietmar Muscheid (DGB) und ich die Abschlusserklärung zum sogenannten runden Tisch. In den Gesprächen war es den Gewerkschaftern gelungen, die massiven Probleme der Polizei in den Fokus der Politik zur rücken. Eine vorläufige Bilanz:



Die Unterzeichnung der am runden Tisch entstandenen Vereinbarung war ein wichtiger Schritt, ist aber nicht die Lösung aller Polizeiprobleme: Daniel Köbler, Ernst Scharbach, Roger Lewentz, Dietmar Muscheid, Hendrik Hering (v. l.)

Personalstärke

Der Haushaltsgesetzgeber, in diesem Fall also die Fraktionen von SPD und Grünen, hat Wort gehalten. Die Einstellungszahlen, die im Koalitionsvertrag des Jahres 2011 bei 300 pro Jahr festgelegt waren, wurden auf 400 erhöht. Wir hatten großen Wert darauf gelegt, dass vor der Zahl 400 ein „mindestens“ steht. Auch dieses Versprechen wurde umgesetzt. Bei jedem Einstellungstermin werden die aus der FH Ausgeschiedenen 1 zu 1 ersetzt. 2013 konnten insgesamt 440 Kolleginnen und Kollegen neu eingestellt werden.

Dem Engagement der GdP haben es 140 junge Menschen zusätzlich zu verdanken, dass sie nun bei der Polizei sind!

ABER: Die 2013 Eingestellten werden erst 2016 im Polizeidienst ankommen. Bis dahin nimmt das Schicksal seinen Lauf. Die Personalstärke wird um weitere ca. 230 Polizistinnen und Polizisten sinken. Und auch die erhöhten Einstellungen werden nur dafür sorgen, dass der Personalstand nicht noch weiter absinkt. 2016 ist das Jahr mit den höchsten Pensionierungszahlen.

Tarifbeschäftigtenprogramm

Wenn es auch bis zum Ende des Jahres 2013 gedauert hat: Minister Roger Lewentz hat Wort gehalten und die Besetzung aller **40 zusätzlichen Tarifstellen** freigegeben. Die Auswahl der zu besetzenden Stellen und die möglichen Eingruppierungen fanden in enger Absprache mit dem Hauptpersonalrat statt, zu vorderst mit Kollegin Margarethe Relet.

Dem Engagement der GdP haben es 40 Menschen zu verdanken, dass sie bei der Polizei eine Arbeitsstelle finden werden!

Überstunden

Die Neuregelung der Überstunden geht auf den Wunsch des Arbeitgebers zurück. Inzwischen liegt den Behörden, Einrichtungen und dem Hauptpersonalrat ein Entwurf vor. Die ca. 1,7 Mio. Überstunden sollen auf einem eigenen Konto eingefroren werden. Der Arbeitgeber verzichtet mit dieser Vereinbarung auf die Einrede der Verjährung der Mehrarbeit, die drei Jahre nach dem Entstehen der Überstunden – so die Rechtslage – verfallen würde.

Der spannende Teil kommt danach: Künftig soll die dreijährige Verjährungsfrist für alle anfallende Mehrarbeit gelten!

Das Ministerium sieht die Polizistinnen und Polizisten in der Pflicht, für den zeitnahen Abbau der Mehrarbeit zu sorgen – der Hauptpersonalrat sieht das Ministerium und die Vorgesetzten in der Pflicht, Mehrarbeit nur noch im Rahmen des absolut Nötigen anzuordnen. Wer allerdings an dieser „Baustelle“ das Kind mit dem Bade ausschüttet, läuft Gefahr, die Polizei und ihre bewährte Arbeitsweise grundlegend zu entstellen.

- Mehrarbeit entsteht ihrem Charakter nach in dem Moment ihrer Anordnung, nicht erst, wenn dadurch die Wochenarbeitszeit überschritten wird.

- Vor Ort dürften selbstständig nur noch unabweisbar notwendige Überstunden angeordnet werden.

- Vor Ort müssten die Vorgesetzten darauf achten, dass möglichst keine Mehrarbeit entsteht. Sofern das Stundenkontingent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgereizt ist, müssen sie bei Personalanforderungen aus höherer Ebene melden: Kein Personal mehr verfügbar!

- Vorgesetzte Stellen und am Ende das Ministerium müssen akzeptieren, dass nur Personal verplant werden kann, wenn keine Mehrarbeit anfällt. Der Abbau angeordneter Mehrarbeit darf nicht anschließend zum Zusammenbruch des Regeldienstes führen!

- Die Ziele müssten (endlich) den zur Verfügung stehenden Mann- und Fraustunden angepasst werden. Eigentlich gibt es nur noch ein Ziel: Gewährleistung einer ausreichenden Stärke im Regeldienst – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger genauso wie im Eigensicherungsinteresse der Kolleginnen und Kollegen.

- Aufgaben und Ziele müssten konsequent mit Stundenanteilen versehen werden, Nachwuchswerbung und Praktikantenbetreuung zum Beispiel.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

• Die Einsatzkonzepte müssen massiv auf die Reduzierung der eingesetzten Kräfte überprüft werden. Wenn keine Polizei da ist, ist halt keine da. Ist politisch so gewollt.

Spannend wird es, wie lange der Arbeitgeber seine eigenen Vorgaben einhalten wird!

Die meiste Mehrarbeit fällt beim SEK und beim MEK an. Für das MEK gilt seit Jahren die nahezu doppelte Stärke als erforderlich. Gerade die Begleitung von Politikern durch den Personenschutz muss wohl merklich reduziert werden, wenn die Zahl der Beamtinnen und Beamten nicht aufgestockt werden soll.

Spannung bei den Personalräten

Spannend wird es auch für die Personalräte!

Traditionell wurde die Rechtslage (siehe Kasten rechts), die keine Ausnahmen von der Mitbestimmung zulässt, von den Personalräten bei der Polizei eher vernachlässigt. Getreu dem Motto: „Mehrarbeit gehört zum



Ernst Scharbach: „Das Finanzministerium hat die VZÄ-Vereinbarung nachträglich ungeniert infrage gestellt.“

Wesen der Polizeiarbeit und ich komme zur Arbeit, wenn der Dienst es erfordert.“

LPersVG § 80: „Der Personalrat bestimmt ... mit:

- Abs. 1, Ziff. 7.: Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und der Pausen sowie Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage,
- Abs. 2, Ziff. 6.: Anordnung von vorhersehbarer Mehrarbeit oder vorhersehbarer Überstunden ...“

Die Personalräte werden künftig Berechnungen verlangen, ob Sondereinsätze, Ermittlungsgruppen, Sonderkommissionen pp. Mehrarbeit auslösen werden.

Dazu gehört eine Darstellung der Stundenkonten der einzusetzenden Polizeikräfte, respektive eine verbindliche Regelung, wie die anfallende Mehrarbeit wieder abgebaut werden soll, ohne Gefährdung des Regeldienstes. Gelingt den Vorgesetzten eine solche Darstellung nicht, wird künftig der Personalrat die Genehmigung von Mehrarbeit zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen ablehnen.

Insbesondere von Polizeiarbeit völlig unbelegte Mitarbeiter des Finanzministeriums bestehen darauf, dass Polizei nichts anderes ist, als die Arbeit von Finanzbeamten – halt nur mir anderen Rechtsgrundlagen.

Wenn die Financer, die die Verantwortung für die Regierungsarbeit of-

fensichtlich übernommen haben, es so vorgeben ... dann ist es halt so???

Das Schlimme dabei:

Wieder werden hunderte Kolleginnen und Kollegen innerlich auf der Strecke bleiben und sagen: „Das ist nicht mehr meine Polizei“. Fatal könnte sein, dass das auch nicht mehr die Polizei sein könnte, die Bürgerinnen und Bürger zu Recht verlangen können. Niemand will sich wirklich vorstellen, dass beispielsweise eine Spur nicht mehr verfolgt wird, weil sie zu viele Stunden oder etwa Dolmetscherkosten auslösen würde.

Vollzeitäquivalente (VZÄ)

Hier hat sich das Finanzministerium eine besondere Blamage geleistet. Zuerst verweigerte man sich der Teilnahme am runden Tisch. Dann stellte man die Vereinbarung zum Thema VZÄ nachträglich ungeniert infrage. In erbitterten Kämpfen einigte man sich auf die Zahl von **8800 VZÄ**, die künftig nicht unterschritten werden darf.

Wir, die GdP, halten das für falsch. 9014 waren im Parlament beschlossen. 9014 VZÄ (und damit Zahlfälle) müssen es sein.

Die GdP bleibt an diesem Thema dran! Bis 2016 – dem nächsten Jahr der Landtagswahl – werden die Polizeipräsidien sowie BePo, LKA, WSP und ZPT 230 Stellen nicht mehr besetzen können. Die GdP fordert, die notwendigen Entscheidungen nicht den Behördenleitern aufzudrücken.

Wenn die Politik das Personal kürzt, soll auch die Politik entscheiden, welche Stellen künftig unbesetzt bleiben!

Einsatzleitsysteme

Wenn es zwischen Polizeiabteilung und HPRP auch ein wenig holpert: In Trier und Mainz werden Konzepte erstellt. Staatssekretärin Heike Raab ist sehr um eine gute Kooperation mit Feuerwehr und Rettungsdiensten bemüht. Dabei können wir ihr nur viel Erfolg wünschen!

Eine enge Kooperation in Technikfragen kann sehr viel Geld sparen, das wir für andere Dinge in der Polizei benötigen brauchen.

Jedenfalls sind die Ängste einiger Feuerwehrkameraden unbegründet. Wir wollen niemanden vereinnahmen.

Es wird die Absicht erkennbar, bei dieser Gelegenheit die **Zentralisierung**

 DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp-rp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



EIN JAHR „RUNDER TISCH POLIZEI“

der **Notrufannahme** zu betreiben. Die GdP stellt das WIE infrage und fordert eine Bewertung nach den Prinzipien der AG 6, bevor in diese Aufgabe in erheblicher Anzahl VZÄ investiert werden, die dann „auf der Straße“ fehlen. Wir müssen bei dem Thema nicht wie die Lemminge hinter anderen Bundesländern herlaufen. Rheinland-Pfalz findet auch an anderen Stellen selbstbewusst eigene, kleinteiligere Wege. Zum Beispiel gibt es in Rheinland-Pfalz (4 Mio. Einwohner) 2306 politisch selbstständige Gemeinden und in Nordrhein-Westfalen (17,4 Mio. Einwohner) derer 396.

Kein Rückzug aus der Fläche!

Die GdP wäre bei diesem Thema gerne noch einen Schritt weitergekommen, nämlich zur Festlegung von Reaktionszeiten, analog der Einsatzgrundzeiten von Feuerwehr und Rettungsdiensten. Das klappte leider nicht. Die Diskussion um die Aufgabe von Polizei-Standorten ist keineswegs vom Tisch. Wir setzen der Schließung von Polizeidienststellen eine angepasste gemeinsame Einsatzsteuerung entgegen – mit der Notwendigkeit, die betroffenen Gebäude durch technische Maßnahmen zu schützen, wenn die Einsatzkräfte unterwegs sind.

Wenn der Sachhaushalt diese **Investition in Einsparungsmöglichkeiten** nicht hergibt, wird der „Wahnsinn Schuldenbremse“ besonders deutlich.

Behördliches Gesundheitsmanagement (BGM)

Wir sehen viel guten Willen und manch tolle Maßnahme bei den Akteuren in der Polizeiabteilung und den Behörden und Einrichtungen – dennoch hat man den Eindruck, dass es hinten und vorne klemmt. Am Ende mangelt es an Zeit und vor allem an Geld, um Erkenntnisse aus dem BGM umzusetzen und die Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Die Glaubwürdigkeit steht längst auf dem Spiel.

Das Bild vom Feigenblatt macht längst die Runde.

Fatalerweise hat sich der Landesrechnungshof mit Überprüfungen zum Dienstsport und zur Heilfürsorge eingeschaltet. Er kommt zu dem kurz-sichtigen und un kreativen Ergebnis, dass es uns bei der Polizei viel zu gut geht und übersieht dabei, dass in der Beihilfe für die Polizei besonders wichtige

Gesundheitsprävention – anders als bei gesetzlich Versicherten – völlig fehlt.

BGM bleibt eine wichtige Dauerbaustelle der GdP.

Die starken Einstellungsjahrgänge der 70er- und Anfang 80er-Jahre rollen auf die Lebensarbeitszeitgrenze (LAZ) zu. Es ist höchste Zeit, Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die möglichst viele dieser Kollegen bis zur LAZ im Dienst halten. Den Schichtdienst attraktiver zu machen oder Verkürzung der Arbeitszeit durch zeitliche Faktorisation von Nacharbeit wären beispielsweise probate Mittel.

Liebe Leserin, lieber Leser, wir sind zur Polizei gegangen, weil wir uns für den Schutz der rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürger, für die Innere Sicherheit, für die Bekämpfung der Kriminalität, für die Bewältigung von Schadensereignissen, kurzum: für die Menschen einsetzen wollen. Dafür nehmen wir unchristliche Arbeitszeiten und Überstunden in Kauf. Aber was nicht mehr geht, geht nicht mehr. Das Mainzer Stellwerk lässt grüßen.

Euer Ernst Scharbach

KG NEUWIED/ALTENKIRCHEN

Hecking ist neuer Vorsitzender

Nach 20 Jahren hat Bernd Becker den Vorsitz der Kreisgruppe abgegeben. 60 Teilnehmer wählten Thomas Hecking zum neuen Kreisgruppenvorsitzenden. PP Wolfgang Fromm: „Anspruchsvolle Jahre vor uns“.

An historischer Stelle im Hotel Westerwald-Treff in Oberlahr zog KG-Vorsitzender **Bernd Becker** nach nahezu 20 Jahren in dieser Funktion Bilanz und freute sich, mit **Thomas Hecking** einen verlässlichen Nachfolger vorschlagen zu können, „mit dem mich bereits vier Jahre enger Zusammenarbeit verbinden“. Der neue Vorsitzende wurde einstimmig gewählt, ebenso alle weiteren Vorstandsmitglieder.



Ernst Scharbach, Norbert Skalski, Wolfgang Petri, Gregor Gerhardt, Berthold Schäfer, Wolfgang Fromm, Bernd Becker

Prägende Zusammenarbeit

PP Wolfgang Fromm zeichnete in seiner Ansprache das Bild von anspruchsvollen Jahren, die vor uns liegen und hob den Wechselschichtdienst (WSD) als Kern polizeilicher Dienstleistung hervor. Er erinnerte an die 90er-Jahre, in denen er Leiter der PD Neuwied war:

Die Ehrungen auf einen Blick:

- 50 Jahre:** Berthold Schäfer
- 40 Jahre:** Gregor Gerhardt, Uwe Diedrich, Joachim Weger, Werner Behrendt, Reinhold Kunz
- 25 Jahre:** Norbert Skalski, Wolfgang Petri, Frank Busch, Holger Peters

„Die Zusammenarbeit mit Bernd Becker hat mich für die folgenden Tätigkeiten in Trier und in Ludwigshafen geprägt. Und auch dort bin ich auf Personalräte getroffen, die ähnlich ticken“.

Landesvorsitzender **Ernst Scharbach** und BG-Vorsitzender **Gerhard Jung** informierten die Versammlungsteilnehmer über ihre Verantwortungsbereiche. Etliche Mitglieder wurden für ihr Engagement in der GdP geehrt (siehe Kasten). „Dienstältester“ Jubilar war **Berthold Schäfer**, der über lange Jahre auch als Kassierer und Organisator des legendären Aquariumsfestes in Neuwied tätig war.



Helmut Conradt ist 70: „Ideen verwirklichen“

Der GdP-Landesvorsitzende Ernst Scharbach hat seinen Vorgänger Helmut Conradt aus Anlass des 70. Geburtstages besucht. Dabei ist dieses Interview entstanden:

Hallo Helmut – nochmal alles Gute zum 70.! Wenn ich das richtig weiß, warst Du fast die Hälfte dieser 70 Jahre in der GdP aktiv?

Stimmt – ich war 1969 KG-Vorsitzender in Wengerohr, in den Siebzigern auch in Worms und seit 1970 Mitglied im Landesvorstand – bis 2002.

Was war Deine Motivation – über all die Jahre hinweg?

Gleich nach meiner Wahl in Wengerohr hatte ich einem Journalisten auf die Frage nach meinen Absichten gesagt, ich wolle „alte Zöpfe abschneiden“. Dies zunächst ohne jede Idee, womit anzufangen sei. Prompt wollte der Abteilungsleiter Alois Klink am nächsten Tag wissen, was ich denn damit meine. Mehr oder weniger spontan hab ich ihm gesagt, dass wir die jungen Männer zu selbstständig handelnden Polizisten erziehen sollen; dazu passe nicht, dass wie beim Militär der UvD morgens zum Aufstehen pfeift oder dass der Zug in Marschordnung in den Speisesaal einrückt. Aussagen, die der nachgeordnete Zugführer sich niemals hätte erlauben dürfen – damals. Aber der Gewerkschafter durfte das – und er hatte Erfolg! Die Dinge wurden geändert und sind, wenn ich es richtig weiß, heute noch so. Ideen verwirklichen können – das ist es!

Und dieser Erfolg reicht für 33 Jahre Motivation?

Ja, es blieb ja nicht der einzige. In meiner ersten Wahlperiode im LV und im FA Schutzpolizei durfte ich an der ersten Funktionsanalyse mitwirken, die zu einer gehörigen Aufwertung führte. Später haben wir im FA Schutzpolizei mit dem Ziel, den Doppelschlag zu beseitigen, die Idee für die 5. Schicht geboren, beim Delegiertentag 1979 so beschlossen und dann mit dem Innenminister Kurt Böckmann den Fünf-Schichten-Dienst durchgesetzt.

Dann haben wir Anfang der 1980er-Jahre – vorneweg Heinz Hebel und ich – die Satzung modernisiert und die Organisation wesentlich gestrafft – heute sagt man „etwas zukunftsfähig machen“.

Damals 1982 in Bad Kreuznach wurdest Du stellvertretender Landesvorsitzender, richtig?



2003: Innenminister Walter Zuber überreicht das Bundesverdienstkreuz an den Kollegen Helmut Conradt.

Ja, meine Beisitzer-Funktion und auch alle Assoziierungen zum gLV hatten wir ja selbst abgeschafft, also musste ich kandidieren, um „am Ball“ bleiben zu können. Und ich hielt es für spannend, mehr zu machen, als ausschließlich Schutzpolizei-Themen.

Was war, in der Rückschau betrachtet, die wichtigste Arbeit?

Nun, Du freust Dich über jeden Erfolg, den Du für ein Mitglied erreichen kannst. Für die Institution Polizei war aber zweifellos unser in 1988/1989 erarbeitetes Programm „Polizei 2000“ ein sehr wichtiges Werk. Ich durfte zusammen mit Thomas Will die Arbeitsgruppe leiten und viele Kollegen/-innen haben uns hervorragend dabei unterstützt, mutig, eine Polizei der Zukunft zu beschreiben. Wir nahmen uns zwei Jahre Zeit zur Formulierung und optimistische zwölf Jahre (Polizei 2000) zur Umsetzung; aber wir haben zu keinem Zeitpunkt erwartet, dass sich in dieser Zeit so viel verwirklichen lässt, wie dann tatsächlich geschehen.

Die Umsetzung war dann nach 1990 Deine Aufgabe als neuer Landesvorsitzender und außer dem geforderten Landespolizeipräsidium ist fast alles verwirklicht!

Das ist wie beim Fußball: Da kann der Kapitän auch kein Spiel alleine gewinnen. Ich hatte das Glück, eine sehr gute Mannschaft um mich herum zu haben. Auch das Problem „Personalstärke“ ist noch immer ungelöst. Aber in Sachen Laufbahn, Organisation, Unterbringung und Ausrüstung hat sich vieles positiv verändert, untrennbar mit dem Innenminister Walter Zuber verbunden. Es war uns aber auch wichtig, eine **Bürgerpolizei** festzuschreiben, die die Rechte des Bürgers schützt, im Zweifelsfall sogar gegen den Staat – das ist auch im dritten Jahrtausend keineswegs selbstverständlich! Auch spricht

sich das Programm für **EINE** Polizei aus. Nach der Veröffentlichung monierte ein Kollege, dass im ganzen Text der Begriff „Kriminalpolizei“ nicht vorkommt. Ich habe ihn gebeten, nach dem Begriff „Schutzpolizei“ zu suchen – den gibt es dort auch nicht, eben nur „Polizei“ als eine Einheit, so sollten wir uns auch verstehen!

Wie schwierig war dann die Umsetzung in den 90er-Jahren?

Teile der Ministerialbürokratie und auch die Opposition (Böhr: „Braucht es gleich zwei Kommissare in jedem Streifenwagen?“) haben uns immer wieder Steine in den Weg gelegt. Dazu zählen neben sich ständig verändernden Daten für den Bewährungsaufstieg auch absolute Sackgassen, z. B. die „doppelt qualifizierende Ausbildung“. Die hat durchaus qualifizierte Kollegen/-innen hervorgebracht, wurde aber nach kurzer Zeit beendet – war eben letztlich nur ein Bremsklotz auf dem Weg zur zweigeteilten Laufbahn. Die wurde erst erreicht, als im September 1996 die ersten Berufsanfänger ihr Studium als Kommissaranwärter/-innen am Hahn aufnahmen.

Das herausragende Ereignis?

Da gab es viele, auch solche, über die wir nicht berichten durften, um keine Ziele zu gefährden. Z. B. ein Gespräch mit Staatssekretär Klaus Rüter im Juli 1992, bei dem wir mathematisch nachweisen konnten, dass zuvor von der Polizeiabteilung erarbeitete Pläne (Bewährungsaufstieg bis Geburtsjahrgang 1949 und komplettes Studium für alle anderen) nicht durchführbar waren. Als Thomas Will und ich das Ministerium verließen, hatten wir das sichere Gefühl, den Durchbruch geschafft zu haben. War auch so!

Dennoch: Unsere Demonstration gegen die Ausdehnung der Lebensarbeitszeit am 15. Juli 1997 ragt wohl doch etwas heraus. Damals waren weit über 10 000 Kolleginnen und Kollegen aus allen Ländern gekommen (es war nach meinem Wissen der bisher einzige Tag, an dem die Mainzer Verkehrsbetriebe ihre Busspuren zum Parken der Busse angereister Demonstranten opfern mussten) und wir konnten den Plan noch einmal abwenden. Übrigens hat die Mainzer Allgemeine Zeitung unsere Demo im Jahresrückblick als DAS Ereignis des Monats Juli bezeichnet.

Herzlichen Dank für das Gespräch und weiterhin gesunde Jahre in Frankfurt!



KG WESTERWALD/RHEIN-LAHN

Krüger und Göbler 50 Jahre in der GdP



Jeweils umrahmt von **Carla Thorn** und **Ralf Pörtner**: **Hans-Dieter König**, **Karl Ortseifen**, **Paul Krüger** und **Wilfried Göbler** (v. l.)

Zahlreiche Mitglieder der GdP-Kreisgruppe WW/Rhein-Lahn sind der Einladung zur Mitgliederversammlung nach Quirnbach gefolgt. Besonderheit der Versammlung war das Referat eines Bank-Aufsichtsrates zur „Euro-Krise“.

Zu Beginn blickte der Vorsitzende der Kreisgruppe Westerwald/Rhein-Lahn, **Ralf Pörtner**, auf verschiedene, durch die GdP initiierte Aktionen zurück.

Im Anschluss an diesen Vortrag übernahm die stellvertretende Landesvorsitzende **Margarethe Relet**, das Wort und sprach viele aktuelle Themen an, die eine Herausforderung

für alle Beteiligten bedeuten und somit den Einsatz der Gewerkschaft erfordern. Die wichtigsten Stichworte waren hier: sinkende Personalzahlen, Sparhaushalt, Überstundenregelungen oder Kennzeichnungspflicht.

Mit einem eindrucksvollen Referat zum Thema „Der Euro und die Krise“ überzeugte **Werner Böhnke**, Buchautor und Aufsichtsrat der WGZ Bank, und brachte mit seinen Worten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Nachdenken.

Höhepunkt Ehrungen

Der Höhepunkt der Veranstaltung war die Ehrung der langjährigen

Gewerkschaftsmitglieder: Für die 25-jährige Mitgliedschaft wurden **Manuela Gilles** und **Margarethe Relet** sowie **Volker Schüler** geehrt. Seit 40 Jahren halten die Mitglieder **Karl Ortseifen**, **Hans-Dieter König** und **Hartmut Berg** ihrer Gewerkschaft die Treue und **Wilfried Göbler** und **Paul Krüger** können sogar auf eine 50-jährige Mitgliedschaft zurückblicken.

Mit der Verleihung dieser Auszeichnungen endete eine gelungene Veranstaltung, die allen Teilnehmern erneut die Vielfältigkeit und die Wichtigkeit der polizeilichen Gewerkschaftsarbeit verdeutlicht hat.

Ralf Pörtner

KREISGRUPPE PD PIRMASENS

Wertvolle Preise und Stammtisch



Interessierte Teilnehmer hoffen auf Losglück.

Bei dem gut besuchten GdP-Stammtisch Anfang Dezember in der Kantine des Sozialvereines der Polizeidirektion Pirmasens wurde, unter allen Mitgliedern der Kreisgruppe mehrere Preise verlost.

Anstatt wie bisher allen Aktiven ein kleines Präsent zu überreichen, hatte der Kreisgruppenvorstand die Verlosung einiger wertvoller Preise beschlossen.

So wurden über das PSW zwei Hotelaufenthalte in Hamburg und Wien ausgesucht und vier Einladungen zu einem Krimidinner mit 4-Gänge-Menü beim Brauhaus Kuchem in Pirmasens verlost. Schließlich konnten noch fünf Schlemmerblöcke 2014 für die Region Pirmasens verteilt werden. Als sehr engagierte Glücksfee trat dabei Emily, die Tochter des stellvertretenden Kreisgruppenvorsitzenden Roman Trzecianowski, auf. Wir gratulieren allen Gewinnern.

Jakob Krob



Mehrarbeit: Neue „Zeitrechnung“ bei der Polizei ?

In der Januar-Sitzung hat der HPRP sich unter anderem mit der vom ISIM vorgelegten Regelung zur Vermeidung und dem Abbau von Mehrarbeit befasst. Die behandelten Angelegenheiten im Einzelnen:

IT-Sicherheitsbeauftragter

Bei der vom ISIM vorgelegten neuen Funktionsbeschreibung eines IT-Sicherheitsbeauftragten sieht der HPRP – auch nach Erläuterungen durch Herrn Leubecher und Herrn Bublies aus der Polizeiabteilung – noch Erörterungsbedarf.

Schieß- und Einsatztraining

Der HPRP hat der Fortschreibung der PDV 211 zum Schieß- und Einsatztraining zugestimmt. Es geht dabei insbesondere um die Einführung von Eigensicherungsberatern und des Laserschießens. Friedel Durben (ISIM) und Andreas Schröder (ZSET) erläuterten



dem Gremium die Hintergründe und den aktuellen Status des „SET“, „ET“ und „AZT“. Das Laserschießen wird technisch permanent weiterentwickelt und soll nicht mehr als ein Drittel des Schießbetriebs abdecken. Eine bessere Auslastungs- und Trainingsquote ist nicht zuletzt von der Ertüchtigung der SETZ in Mainz und Koblenz abhängig.

Freizeitausgleich und Mehrarbeit

Das ISIM hat dem HPRP eine Regelung vorgelegt, bei der es darum geht, bestehende Mehrarbeitsstunden auf einem neuen Freizeitausgleichskonto vor Verjährung zu schützen und künft-

ig dafür Sorge zu tragen, dass weniger Mehrarbeit entsteht und entstandene Mehrarbeit zeitnah abgebaut wird. Wegen der gravierenden noch nicht gänzlich absehbaren Auswirkungen sieht der HPRP noch Erörterungsbedarf und will in einem Brief an Staatssekretärin Heike Raab die Veränderung der Vorschriftenlage anregen, um zu weniger komplizierten Regelungen kommen zu können.

AG DigiPol

Die AG DigiPol wird unter neuer Führung fortgeführt. Dem hat der HPRP zugestimmt.

Personalien

Zwei Auslandsverwendungen, einigen Versetzungen über Ländergrenzen sowie insgesamt fünf Personalmaßnahmen im Bereich des 4. EA hat der HPRP zugestimmt.

**Margarethe Relet,
Ernst Scharbach**

GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNG

GdP-Seminare im ersten Halbjahr 2014

Seniorenseminar Ruhestand I & II

Erster Termin: 3. 4. – 4. 4. 2014

Zweiter Termin: 29. 4. – 30. 4. 2014

Ort: Brodenbach, Hotel Peifer

Inhalt: Wie in allen Dingen des Lebens sollte man sich auch auf die nachberufliche Phase vorbereiten. Kurz vor dem Ruhestand treten viele Fragen auf, mit denen man sich beschäftigen muss.

Zielgruppe: Kollegen/-innen die unmittelbar vor der Ruhestandsversetzung/Verrentung stehen

Verantwortlich: Alfons Meyer/Paul Mohr

Partner können am Seminar mit Eigenanteil teilnehmen

Tarifseminar: Tarifrecht in der Praxis

Termin: 7. 4. – 8. 4. 2014

Ort: Brodenbach, Hotel Peifer

Inhalt: „Tarifrecht in der Praxis“ – Rechte und Pflichten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach TV-L

Zielgruppe: Tarifbeschäftigte

Verantwortlich: Margarethe Relet/Hermann Schindwein

GdP-Grundseminar für Vertrauensleute

Termin: 14. 4. – 15. 4. 2014

Ort: Brodenbach, Hotel Peifer

Inhalt: Geschichte und Funktion der Gewerkschaften in Deutschland, Aktuelles aus der Polizei.

Zielgruppe: Neue Vertrauensleute, die sich für ihre GdP stark machen wollen

Verantwortlich: Ingo Schütte

GdP-Seminar: Gesundheit

Termin: (angefragt)

Ort: Brodenbach, Hotel Peifer

Inhalt: Weniger, älter und kranker: Starke Einstellungs-jahrgänge rollen auf die Lebensarbeitszeitgrenze zu. Wie kann es gelingen, dass die Polizei funktionsfähig und ihre Leistungsträger gesund bleiben?

Zielgruppe: Kollegen/-innen, insbesondere Betroffene

Verantwortlich: Uwe Kaßler/Bernd Becker

Weitere Infos – auch zu Personalrats-Fortbildung – unter www.gdp-rlp.de/service





- Mitglieder

erhalten neben vielen anderen Vorteilen zusätzlich Nachlässe von

bis zu
26 %

bei Kauf eines Neufahrzeuges

www.psw-neufahrzeuge.de

bei Pauschalreisen

5 %

www.psw-reisen.de

5 %

bei unserer Polizeiversicherung PVAG

www.pvag.de



FACHAUSSCHUSS TECHNIK

Bekleidung: Bewegung beim Ausstattungssoll

In seiner jüngsten Sitzung hat sich der Fachausschuss Technik des GdP-Landesbezirks unter anderem erneut mit der Fortschreibung des „Ausstattungssolls Dienstbekleidung“ befasst. Erstmals werden für Träger der Standarduniform neue Einsatzhandschuhe ohne Protektoren mit Schnittschutz, erstmalig Unterziehhandschuhe als Kälteschutz und ein Trekking-Halbschuh beschafft.



Neue Einsatzhandschuhe mit Schnittschutz

Die vom Fachausschuss in Augenschein genommenen Unterziehhandschuhe sind sowohl mit den neuen Einsatzhandschuhen als auch mit den gegenwärtig verfügbaren Einsatzhandschuhen mit Protektoren kombinierbar. Die neuen Handschuhe (ein Ergebnis der AG Ausstattungssoll) wurden im Rahmen eines landesweiten Trageversuchs getestet und mit Ergebnissen nach Schulnoten bewertet. Unterziehhandschuhe: 1,58; Handschuhe ohne Protektoren: 1,95.

Die Einsatzhandschuhe mit Protektoren erhalten zukünftig nur noch die geschlossenen Einheiten.

Unisex-Schuhe

Als Ergebnis eines landesweiten Trageversuchs soll der bisherige Halbschuh durch einen multifunktionalen Trekking-Halbschuh ersetzt werden. Die bisherige Beschaffung unterschiedlicher Modelle für Frauen und Männer wird entfallen, erstmalig wird ein Unisex-Halbschuh in zwei unterschiedlichen Weiten (Medium + Wide) angeboten.

Winterbekleidung

Die Auswertung eines Trageversuchs der halbhohen Schnürschuhe/ Winterschuhe lässt auch hier Optimierungsbedarf erkennen. Auch bei diesem Artikel werden zukünftig zwei unterschiedliche Weiten beschafft und angeboten. Die Ersatzbe-

schaffung der neuen Winterschuhe erfolgt ab 2014.

Im Rahmen der Optimierung der Winterbekleidung wird für die geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizei (ohne BFE) derzeit ein Pilotversuch mit einer Fleece-Jacke und einer Funktions-Unterziehhose durchgeführt. Bei erfolgreichem Verlauf des Trageversuchs ist beabsichtigt, die Ausstattung mit Winterbekleidung für einen ausgedehnten Personenkreis zu öffnen.

Das meint die GdP:

Der Fachausschuss Technik der GdP zeigt sich zufrieden mit dem Fortschritt bei den Themen Schuhe und Handschuhe, mahnt aber eine zügige Beschaffung der Fleece-Jacke und der warmen Funktionsunterwäsche an und zwar für alle Bedarfsträger, auch im Einzeldienst.

Roland Grenner, im GdP-Vorstand für Technik zuständig: „Jeder Bedarfsträger sollte eine Strickjacke und eine Fleece-Jacke als Grundausrüstung erhalten und zusätzlich wahlweise eine Fleece- oder Strickjacke“. Außerdem soll, so der Ausschuss, auf die Rückgabe der Einsatzmützen bei Versetzung von der BePo in den Einzeldienst verzichtet werden.

ALLES GUTE IM RUHESTAND

- Armin Schwarz, Norbert Linn**, KG PP Westpfalz
- Winfried Beyer, Manfred Pfeiffer**, KG PD Worms
- Silvia Boltz**, KG Vorderpfalz
- Martin Bongers, Werner Schäfer**, KG PD Neustadt
- Helmut Geißer**, KG Südpfalz
- Jürgen Klein**, KG PD Kaiserslautern

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

70 Jahre

Rainer Krück, KG PD Kaiserslautern

Sigrid Steinmetz, KG PD Neustadt

Peter Meurer und Peter Vreden, KG PP/PD Mainz

Hans-Joachim Schneider, KG PP Westpfalz

Lieselotte Hemberger, KG Südpfalz

Marie Liesa Rost, Albert Andreas und Hans Spanier, KG Vorderpfalz

75 Jahre

Manfred Deutsch, KG PD Kaiserslautern

90 Jahre

Hilde Musconi, KG Neuwied/Altenkirchen

Walter Reuber, KG PP/PD Koblenz

REDAKTION

Auswertung „Optimierung“

Für die Februar-Ausgabe war die Auswertung einer GdP-Umfrage zur „**Polizei-Optimierung**“ angekündigt. Wegen krankheitsbedingter Ausfälle wird diese auf März verschoben.

WIR TRAUERN UM

Lothar Fast, 55 Jahre, KG Ww./Rhein-Lahn

Erwin Weissenmayer, 76 Jahre, KG Vorderpfalz

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

